

Dafür das Kaltbrunner Riet preisgeben?

Zum Artikel «Regionale Kantonsräte wollen für die Umfahrung kämpfen» in der «Südostschweiz» vom 7. September. *SO 11.9.13*

Unsere regionalen Kantonsräte haben sich zur Umfahrung Uznach geäussert. Bei mir kam der Verdacht mal wieder auf, dass Politiker permanent auf Stimmenfang sind. Eine ehrliche Meinung zu diesem Thema scheint in der Öffentlichkeit rufschädigend anzukommen.

Vor allem bei Parteien, welche sonst eher kritisch zum Zubetonieren von Grünflächen stehen, erstaunt der geplante Kampf für eine neue Umfahrung. Wer will es ihnen verübeln und wie wollen sie einem Städtlibewoh-

ner in Zukunft noch unter die Augen treten? Vor 40 Jahren bin ich schon durchs Städtli in die Schule gefahren, durch das gleiche Verkehrsaufkommen wie heute. Inzwischen wurde der Autobahnzubringer gebaut – der Durchgangsverkehr sollte dadurch eigentlich verringert werden. Nun haben wir noch den Verkehr der Umgangsgemeinden (hausgemacht).

Dafür wollen wir das Kaltbrunner Riet preisgeben? Wenn ich nach Uznach zum Bahnhof fahre, nehme ich heute das Velo. Ich bestaune teilweise bis zu 30 Störche auf der Wiese unter dem Vögele.

Sollte dann irgendwann die Umfahrungsstrasse gebaut sein, werde ich sicher auch das Auto nehmen – denn was würde es dann noch zu bewundern geben? So kann unser Verhalten durch politische Entscheide auch negativ gelenkt werden! Darum, liebe

Lokalpolitiker – bleibt euch und euren Werten treu ...

Erwin Huber, Schmerikon

GASTER

Unterstützung für Entlastungsstrasse

Zahlreiche Kantonsräte aus der Region unterstützen die Entlastungsstrasse A53-Gaster dringend. Wie die «Südostschweiz» meldet, werden sie sich deshalb an der Septembersession überparteilich dafür einsetzen, dass die Umfahrung im 16. Strassenbauprogramm als Projekt erster Priorität behandelt wird. Zurzeit ist die Gasterumfahrung darin nur als Ersatzprojekt mit geringerer Priorität aufgeführt. Bis ins Jahr 2018 würde das Projekt also nur in Angriff genommen werden, wenn andere Vorhaben entfallen. (on)

ON 12.9.13

Für die Entlastungsstrasse ⁸⁰ braucht es die Toggenburger ^{14,9,13}



Abhilfe: Die Uzner Strassen sind oft verstopft – über die Entlastungsstrasse A53-Gaster entscheidet der Kantonsrat.

Am Montag beginnt die Septembersession des Kantonsrats. Aus Sicht des Linthgebiets stehen das 16. Strassenbauprogramm und die Entlastungsstrasse A53-Gaster im Mittelpunkt. Ein weiteres Thema wird die Stadtbahn Obersee sein.

Von Matthias Hobi

St. Gallen. – Für das Linthgebiet liegt der Fokus im Kantonsrat auf dem 16. Strassenbauprogramm. Dazu wird eine eifrige Debatte erwartet. Denn die Entlastungsstrasse A53-Gaster ist darin nur als B-Priorität aufgeführt und daher nicht zwingend.

14 von 16 Kantonsräten aus dem Linthgebiet sind damit nicht einverstanden und wollen die Entlastungsstrasse als A-Priorität einstufen (die «Südostschweiz» berichtete). «Für die SVP-Fraktion hat das Strassenbauprogramm absolute Priorität»,

sagt der Schmerkner SVP-Kantonsrat René Bühler.

Unterstützung einfordern Regionale Einigkeit wird nicht genügen, um die Entlastungsstrasse im 120-köpfigen Kantonsrat höher zu priorisieren. Benötigt werden Allianzen mit anderen Regionen. «Wir werden sicher vom Toggenburg Unterstützung einfordern, weil wir die Umfahrungen von Wattwil und Bütschwil auch unterstützt haben», sagt Marie-Theres Huser, FDP-Kantonsrätin aus Rapperswil-Jona.

Zudem gehe es darum den Anspruch des Linthgebiets gegenüber der Regierung zu dokumentieren. Dies als Vorsichtsmassnahme für den Fall, dass die Entlastungsstrasse A53-Gaster nicht in die A-Priorität kommt. «Wenn ein A-Projekt ins Stocken gerät, könnte die Regierung dann die Umfahrung von Uznach vorziehen», sagt Huser.

Wichtig für die Region ist auch das 5. ÖV-Programm für die Jahre 2014 bis

2018. Die Regierung wollte die Stadtbahn Obersee ab 2019 realisieren. Die vorbereitende Kommission spricht sich aber für eine schnellere Realisierung aus. In ihrem Antrag heisst es, dass die Regierung die S-Bahn Obersee bis 2018 verwirklichen soll. Auf dieser Basis solle zudem das Verkehrsangebot aus dem Grossraum Zürich ins Toggenburg ausgebaut werden.

Die Chancen dafür stehen gut. GLP-Kantonsrat Nils Rickert aus Rapperswil-Jona sagt: «In der vorbereitenden Kommission war das Thema unbestritten. Gut ist, dass sich nun nicht mehr nur das Linthgebiet, sondern der Kantonsrat dafür einsetzt.» Auch die Kaltbrunner SP-Kantonsrätin Eva B. Keller glaubt, dass die Stadtbahn Obersee priorisiert wird: «Die SP-Grüne-Fraktion wird sich geschlossen für die ÖV-Anliegen einsetzen.»

Umstrittene Energiewende Der Ratslinken sei zudem die Initiative «Energiewende – St. Gallen kann

es» sehr wichtig. Das Volksbegehren fordert, dass der Kanton jährlich 50 Millionen Franken oder ein Prozent des Ausgabenvolumens für die Förderung erneuerbarer Energien einsetzt. Die Regierung will in ihrem Gegenschlag die Fördermittel von heute 2,4 Millionen auf 5,4 Millionen erhöhen.

Diskutiert werden dürfte laut CVP-Kantonsrätin Yvonne Suter aus Rapperswil-Jona auch der zweite Nachtrag zum Finanzausgleichsgesetz. Denn darin soll unter anderem der jährliche Beitrag für zentralörtliche Leistungen der Stadt St. Gallen beschlossen werden. Dieser beträgt derzeit 16,5 Millionen Franken, welche jährlich der Teuerung angepasst werden.

Dieser Beitrag sei umstritten, weil nur St. Gallen vom Kanton einen solchen Beitrag erhält und andere Regionalzentren wie Rapperswil-Jona oder Kleinzentren wie Uznach leer ausgehen.

Räte kämpfen für die Umfahrung von Uznach

Die Septembersession des Kantonsrats hat begonnen. Hauptthema für die Kantonsräte aus dem Linthgebiet ist die Entlastungsstrasse A53-Gaster. Bereits gestern haben sie der Regierung dazu eine Petition überreicht. *SO 17.9.13*

St. Gallen. – Demonstrative Einigkeit zeigen die Kantonsräte aus dem Linthgebiet. Für einmal kämpfen von links bis rechts fast alle für dieselbe Sache: Sie wollen, dass der Kantonsrat die Entlastungsstrasse A53-Gaster von der B- in die A-Priorität höherstufte.

Deshalb haben sie der Regierung gestern die Petition der IG Lebensqualität Linthgebiet überreicht. 850 Personen haben das Papier unterzeichnet. Damit fordern sie für die Region einen Anteil am 16. Strassenbauprogramm des Kantons. In diesem wird festgelegt, welche Projekte der Kanton zwischen 2014 und 2018 vorantreiben will. Der Kantonsrat diskutiert heute oder morgen über das Geschäft.

10,9 Millionen für Fischzuchtanlage
Am gestrigen ersten Sessionstag sprach der Kantonsrat vor allem über das Fischereizentrum in Steinach. Der Rat stimmte schliesslich für einen Kredit von 10,9 Millionen Franken für die Fischzuchtanlage am Bodensee.



Gemeinsame Sache: 13 von 16 Kantonsräten aus dem Linthgebiet überreichen in St. Gallen die Petition für die Entlastungsstrasse A53-Gaster.

Bild Regina Köhne

Die SVP hatte das Geschäft an die Regierung zurückweisen wollen. Im Februar war ein Kredit von 12,8 Millionen Franken für das Zentrum an einer einzelnen Stimme gescheitert. Die zweite Lesung und die Schlussabstimmung sind an der Novembersession. Der Kantonsrat hat gestern Patrick

Dürr (CVP/Widnau) in die Finanzkommission gewählt. Dem Beitritt zum interkantonalen Stipendienkonkordat hat der Rat zugestimmt.

In zweiter Lesung beschloss er Nachträge zum Polizeigesetz, zum Gesundheitsgesetz und zum Volksschulgesetz. Ebenfalls in zweiter Le-

sung hat er den Staatsbeitrag für den Neubau des «Mädchenhauses» der Sprachheilschule St. Gallen angenommen.

Der Geschäftsbericht der Regierung wurde zur Kenntnis genommen. Ebenso der Bericht der kantonalen Fachstelle für Datenschutz. (nob/sda)

CVP-Kantonsräte holen ihre Regierungsräte ins Boot

Auf dem CVP-Fraktionsausflug versuchen die Kantonsräte aus dem Linthgebiet ihre Parteikollegen von der Entlastungsstrasse A53-Gaster zu überzeugen. Über die Umföhrung von Uznach wird heute im Rat in St. Gallen diskutiert.

Von Matthias Hobi  18.9.13

St. Gallen/Benken. – Gut gelaunt sitzen die Kantons- und Regierungsräte der CVP in vier Pontonierbooten. Eingewässert wird im Benkner Hängelgessen. Das Linthwerk ist aber nicht das grosse Gesprächsthema auf dem CVP-Fraktionsausflug.

Neuer Antrag zur Uzner Umföhrung
Die Entlastungsstrasse A53-Gaster ist in aller Munde. Über die Umföhrung von Uznach wird heute im Kantonsrat diskutiert. Und dabei zählt für die Räte aus dem Linthgebiet jede Stimme. «Wir haben gute Karten», sagt Yvonne Suter aus Rapperswil-Jona. «Ein Grossteil der CVP und der SVP unterstützt unser Anliegen.»

Wie ernst es ihm mit dem Anliegen ist, hat SVP-Kantonsrat René Bühler

gestern in St. Gallen klargemacht. In einem Antrag fordert der Schmeitner doppelt so viele Mittel für die Projektierung der Entlastungsstrasse.

Er will das Anliegen nicht nur in die A-Priorität hochstufen, sondern eine halbe Million statt 250 000 Franken sprechen. «Mir geht es darum, genug Geld im Topf zu haben», sagt er. Damit wolle er einen Projektstopp verhindern und zeigen, wie dringlich die Entlastungs sei.

SP-Initiative scheitert deutlich

Der Rat hat gestern noch nicht über die Entlastungsstrasse A53-Gaster debattiert. Hauptthemen waren die Energieende-Initiative der SP, der Gegenanschlag der Regierung dazu und der Nachtrag zum Finanzausgleichsgesetz.

Die SP-Initiative wurde vom Rat mit 83 zu 28 Stimmen bei einer Enthaltung klar abgelehnt. Der Kantonsrat will nicht 50 Millionen Franken jährlich für die Förderung erneuerbarer Energien einsetzen. Zugestimmt hat der Rat dafür dem Gegenanschlag der Regierung. Damit wird der Kanton neu jährlich 5,4 Millionen Franken in die Förderung der «Erneuerbaren» investieren. Die BDP-GLP-



Eingewässert: Die St. Galler Regierungsräte Benedikt Würth (ganz links) und Martin Gehrer (viertel von links) fahren mit einer Gruppe CVP-Kantonsräten aus der Region die Linth hinab. Bild Matthias Hobi

Fraktion wollte 8,5 Millionen Franken eingetretet. Neu am Nachtrag ist vor allem der soziodemografische Sonderlastenausgleich. Gemeinden mit überdurchschnittlicher Last wegen ihrer Bevölkerung sollen dadurch mehr Geld erhalten (die «Südostschweiz» berichtete). Die SP-Grünen-Fraktion forderte einen horizontalen Finanz-

eingetretet. Sie scheiterte aber mit 24-86 Stimmen deutlich an der bürgerlichen Ratsmehrheit.

Die Detailberatung dazu wird heute weitergeführt. Für die Kantonsräte aus dem Linthgebiet geht es in der heutigen Sitzung aber primär um die Umföhrung von Uznach.

Heiss diskutiert wurde auch der Nachtrag zum Finanzausgleich. Der Kantonsrat ist am Dienstag darauf

Kantonsrat gibt Umfahrung von Uznach grünes Licht

SO
19.9.13

Die Gaster-Entlastungsstrasse hat höchste Priorität. Das hat der Kantonsrat am gestrigen Sessionstag entschieden.

Von Anina Peter und Matthias Hobi

St. Gallen/Uznach. – Das Verkehrsproblem im Linthgebiet muss gelöst werden, findet der St. Galler Kantons-

rat. Er hat gestern das Projekt Entlastungsstrasse A53-Gaster überraschend deutlich in die A-Priorität des 16. Strassenbauprogramms gehievt.

Das ist nicht zuletzt das Verdienst der Kantonsräte aus der Region. Mit vereinten Kräften konnten sie ihre Ratskollegen überzeugen: Die Höherstufung wurde mit 73 Ja- und nur 31 Nein-Stimmen angenommen.

Über den Entscheid aus St. Gallen

sind nicht nur die regionalen Kantonsräte erfreut. In der Region setzten sich verschiedene Parteien, die IG Lebensqualität und das Uzner Gewerbe für die Priorisierung der Umfahrungsstrasse ein.

Nicht alle sind erfreut

Für Markus Schwizer, Präsident der Region Zürichsee Linth und Kaltbrunner Gemeindepräsident, ist das klare Ja

keine Überraschung: «Wir hatten die Argumente auf unserer Seite.»

Ganz anders sieht das die IG Mobilität, die gegen eine Umfahrung ist. Für deren Sprecher Roger Zahner heisst der Entscheid noch lange nicht, dass eine Strasse gebaut werden wird: «Ich kann mir gut vorstellen, dass das Projekt noch an irgendeiner Hürde scheitert.»

KOMMENTAR UNTEN
BERICHT UND UMFRAGE SEITE 3

Die Planung der Umfahrung von Uznach kann nun starten

So
19.9.13

Dank vereinten Kräften hebt der Kantonsrat die Entlastungsstrasse A53-Gaster in die A-Priorität. Die Kantonsräte aus dem Linthgebiet freuen sich. Nun müssen Räte, Gemeinden und Parteien aber die Kritiker überzeugen.

Von Matthias Hobi

St. Gallen. – Die Kantonsräte aus dem Linthgebiet können die Korken knallen lassen. Vehement setzten sich Antragsteller Peter Göldi und weitere Räte aus dem Linthgebiet für die Entlastungsstrasse A53-Gaster ein. 15 von 16 Räten aus dem Linthgebiet stimmten dafür.

Und sie schafften es, den Kantonsrat von dem 100-Millionen-Projekt zu überzeugen. In der Folge stufte der Rat die Entlastungsstrasse in die höchste Priorität des 16. Strassenbauprogramms ein. Mit 73 zu 31 Stimmen bei zwei Enthaltungen war die Entscheidung deutlich. Und dies obwohl das Baudepartement das Projekt als ungenügend taxiert hatte. Kosten und Nutzen würden in keinem Verhältnis stehen, lautete sein Urteil.

Kantonsräte sind sich einig

Der Kantonsrat sah aber nicht nur Kosten und Nutzen, sondern folgte Göldis Argument. Er hatte dargelegt, dass die Entlastungsstrasse A53-Gaster im Richtplan zentral sei. «Es geht um ihre strategische Bedeutung für das Linthgebiet», hatte er gesagt.

Damit konnte er die Ratsmehrheit überzeugen. Die Fronten verliefen dabei nicht entlang der Regionen, sondern entlang der ideologischen Grenzen. Die Bürgerlichen stimmten mit einigen Ausnahmen der GLP-BDP-Fraktion geschlossen für die Entlastungsstrasse. Die Fraktion von SP und Grünen stimmte mit Ausnahme der regionalen Vertreter klar dagegen. Einer der Abweichler war der Uzner SP-Kantonsrat Josef Kofler. «Ich bin froh für die Uzner», sagte er. Es sei wichtig, dass die Bevölkerung von Lärm und Luftverschmutzung entlastet werde. «Die Situation ist nicht nur störend, sondern gesundheitsschädigend», hatte er vor der Abstimmung in seinem Votum verdeutlicht.

Für die Entlastungsstrasse hatten sich auch die Kaltbrunnerin Marianne Steiner (SVP) und Peter Zuberbühler



Einsatz: Peter Göldi wirbt im Rat für die Entlastungsstrasse. Bild: Regina Kühne

(FDP) aus Gommiswald eingesetzt. «Wir brauchen eine Lösung für Uznach. Machen Sie heute Nägel mit Köpfen», hatte Steiner gefordert. Und Zuberbühler hatte ergänzt: «Das Linthgebiet wächst, Gewerbe und Unternehmen sind auf die Strasse angewiesen. Die Planung muss nun unverzüglich an die Hand genommen werden.»

Erfolg bedeutet Arbeit

SVP-Kantonsrat René Bühler war mit seinem Antrag für zusätzliche Mittel für die Planung zwar unterlegen. Dennoch gehörte er am Schluss nach dem klaren Resultat für die Strasse zu den Siegern. «Ich habe eine Riesensfreude. Doch nun geht es an die Feinplanung», sagte der Schmerkmaker. Die Entlastungsstrasse müsse bis zum nächsten Strassenbauprogramm 2019-2023 baureif sein.

«Unser Erfolg bedeutet Arbeit», sagte Antragsteller Peter Göldi. Nun müsse man die Uzner Bevölkerung möglichst schnell entlasten. Dazu wird es aber noch einige Überzeugungsarbeit brauchen. Denn die Linienführung der Strasse ist wegen ihrer Nähe zum geschützten Kaltbrunner Riet in der Region umstritten (die «Südostschweiz» berichtete).

Ein Ja mit Vorbehalt

Kantonsrat Nils Rickert (GLP) aus Rapperswil-Jona machte klar, dass sein Ja zur Vorlage der detaillierten Planung und nicht dem Bau der Entlastungsstrasse gilt: «Das Projekt muss ökologisch und was Kosten-Nutzen angeht deutlich verbessert werden.» Nur dann könne er am Schluss auch einem Bau der Umfahrung Uznach zustimmen. Josef Kofler (SP) will dazu die Bevölkerung ins Boot holen. «Wir in den Gemeinde müssen nun auf die Gegner zugehen und eine gemeinsame Lösung finden», sagte der Uzner. Dazu brauche es aber auch die Gesprächsbereitschaft der Gegner.

Einsame Gegnerin im Kantonsrat war Silvia Kündig-Schlumpf (UGS) aus Rapperswil-Jona. Die Wirksamkeit der Entlastungsstrasse A53-Gaster sei nicht gut, weil 70 Prozent der Verkehrs in Uznach hausgemacht sei. «Die bisherigen Projekte sind sehr umstritten», sagte sie. Vor allem weil der Strasse eine Fläche von neun Fussballfeldern geopfert werden müsste und dass Kaltbrunner Riet beeinträchtigt würde.

Stadtbahn Obersee kommt 2019

St. Gallen. – Der Kantonsrat ist gestern auf das 5. ÖV-Programm eingetreten. Insgesamt will die St. Galler Regierung 383 Millionen Franken in die Förderung des öffentlichen Verkehrs investieren.

Das sind gute Neuigkeiten für das Linthgebiet, denn auch die Stadtbahn Obersee soll nun definitiv früher kommen, als geplant. 2018 wie im Antrag der vorberatenden Kommission gefordert, wird es allerdings trotz Zustimmung des Rates nicht

werden. Dies sagte Volkswirtschaftsdirektor Benedikt Würth: «Realistisch ist eine Umsetzung auf 2019. Denn dann kommt auch das neue Rollmaterial für den Voralpen-Express.»

Die Vorlage war nicht umstritten. Alle Fraktionen waren sich einig, dass das ÖV-Programm für die Jahre 2014 bis 2018 Verbesserungen in allen Regionen bringe. Alle sechs Anträge der vorberatenden Kommission wurden angenommen. (hob/sda)



Roger Zahner
Sprecher IG Mobilität Region Uznach

«Ich habe nicht damit gerechnet, dass der Kantonsrat das Projekt in die erste Priorität aufnimmt. Die Regierung und die vorberatende Kommission haben ja davon abgeraten. Wir als IG sind uns sicher, diese Umfahrung ist nicht zweckmässig. Aber: Ich kann mir gut vorstellen, dass das Projekt noch an irgendeiner Hürde scheitert.»



Alex Brändle
Präsident Gewerbe Uznach

«Der Entscheid des Kantonsrats freut mich. Jetzt können wir die Entwicklung der Region endlich besser planen. Das Uzner Gewerbe wird am Ball bleiben. Wir wollen unsere Anliegen in den Prozess einbringen. Alle Beteiligten – also auch die Umfahrungsgegner – müssen sich jetzt zusammenraufen und gemeinsam nach Lösungen suchen.»



Markus Schwizer
Präsident Region Zürichsee Linth

«Die Region Zürichsee Linth hat die Argumente also doch auf ihrer Seite gehabt. Der Entscheid des Kantonsrats ist vernünftig. Ich hoffe, die Gemeinden können sich weiter einbringen. Wir werden auf jeden Fall die Spurguppe des Verkehrsforums reaktivieren. Vorerst müssen die Gemeindevertreter aber das weitere Vorgehen absprechen.»



Kurt Hager
Sprecher IG Lebensqualität

«Die regionalen Kantonsräte haben in dieser Sache sehr gut zusammengearbeitet und lobbyiert – was auch nötig war. Ich danke ihnen, das klare Ergebnis freut mich. Die IG Lebensqualität wird aber auch weiterhin versuchen, ihre Anliegen in den Prozess einzubringen. Wichtig ist, dass das Projekt Umfahrung nun speditiv vorwärts kommt.»

Kantonsrat gibt grünes Licht für die Gasterstrasse

252
19.9.13

KANTONS RAT ST. GALLEN. Die Fraktionen von CVP, EVP und SVP stellten gestern den Antrag, das Projekt Gasterstrasse vorzuziehen. Der Vorstoss wurde überraschend angenommen. Nun wird die Projektierung bereits in den Jahren 2014 bis 2018 in Angriff genommen.

MAGNUS LEIBUNDGUT

Die Kantonsräte aus dem Linthgebiet haben es geschafft: Ihr Einsatz für die Umfahrungsstrasse am Obersee war von Erfolg gekrönt. Mit 73 zu 31 Stimmen wurde gestern die Verbindungs-

strasse von der A53 Richtung Gaster und Gommiswald vom Ersatzprojekt zur Priorität erhoben. Das Projekt wurde in das 16. Strassenbauprogramm aufgenommen und muss nun nicht noch weitere fünf Jahre warten. Für das Strassenbauprojekt wur-

de ein Planungskredit von 250 000 Franken gesprochen. Abgelehnt wurde der Antrag von René Bühler (SVP, Schmerikon), diesen Betrag auf 500 000 Franken aufzustocken.

Es fehlt an den Ressourcen

Baudirektor Willi Haag hatte vergebens gewarnt, sein Departement habe gar nicht die Ressourcen, diese Umfahrungsstrasse prioritär zu behandeln. Er zweifelte an der Wirksamkeit der Gasterstrasse und betonte, es gäbe

bessere Projekte als die sehr umstrittene Entlastungsstrasse.

Eingebracht wurde der Antrag von Peter Göldi (CVP, Gommiswald). Es sei an der Zeit, die Gasterstrasse weiter zu planen. Das Linthgebiet habe seine Aufgaben in Form einer Strukturanalyse gemacht. Es gebe wesentliche Gründe, das Projekt weiter zu bearbeiten. «Für die Region am Obersee ist das ein guter Schritt», sagte Göldi. Die ganze Strassenbauprogramm-Debatte dauerte fast vier Stunden. **Seite 3**

Umfahrungsstrasse am Obersee provokierte hitzige Debatte

ZS2
19.9.13

KANTONS RAT ST. GALLEN. Unverhofft haben sich die Parlamentarier aus dem Linthgebiet gestern durchgesetzt. Ohne Entlastungsstrasse werde die Region um Uznach herum im Verkehr ertrinken. Der Kantonsrat folgte dem Begehren mit klarer Mehrheit, obwohl sich die Regierung und die vorbereitende Kommission dagegen aussprachen.

LAUTSACHUNGSGUT.

Die Emotionen rund um die Gasterstrasse gägen gestern hoch im Rat. Weil sich unzählige Redner zur Strasse äussern wollten, wurde ein Ordnungsantrag eingebracht, um die Diskussion zu stoppen. Umsonst. Das Parlament liess sich nicht beirren und beharrte darauf, Gründe für und gegen die A53-Verbindungsstrasse ins Feld zu führen.

Josef Kofler (SP, Uznach) führte aus wie er tagtäglich mit der problematischen Verkehrssituation in seinem Wohnort konfrontiert sei: «Es gibt keine Alternative zur Gasterstrasse. Schlechte Luft und zu viel Lärm überschreiten die Grenzwerte.» Neue Bewohner seien zu gezogen, und der Verkehr werde noch mehr zunehmen. Staus in Uznach sorgten dafür, dass die Postautos die Zustanschlüsse nicht mehr erreichten. «Wir müssen das Projekt jetzt an die Hand nehmen, nicht erst in fünf Jahren», rief Kofler in den Saal.

Stau erstickt das Städtli

Marianne Steiner (SVP, Kaltbrunn) beschrieb die Barrierensituation an der Grynaustrasse in Uznach als unhaltbaren Zustand. Peter Zuberbühler (FDP, Gommiswald) fand, angesichts des Wachstums im Linthgebiet sei die Gasterstrasse ein Gebot der Stunde: «Noch mehr Stau geht nicht. Diese Situation ist auch für das Gewerbe und die Industrie

nen Franken kostet diese Strasse, die zu alledem noch das Kaltbrunner Riet verschändet.» Besser sei es, sich vier Jahre zu gedulden und eine bessere Lösung abzuwarten.

Zweifel am Sinn der Strasse

Regierungsrat Willi Haag betonte, er sei keinesfalls gegen das Linthgebiet eingekippt. «Doch diese Verbindungsstrasse löst das Problem am Obersee nicht wirk-

lich.» Abgesehen davon gebe es jetzt schon zu viele hängige Projekte. Es sei vollends unrealistisch, auch noch die Gasterstrasse in Angriff nehmen zu wollen. Zu guter Letzt zog Silvia Kündigschlumpf (Grüne, Rapperswil-Jona) ansgeschicht der klaren Verhältnisse im Ratsaal ihren Antrag zurück: Mit diesem wollte sie den Planungskredit für das Gasterstrasse abschmettern.



Kantonsrat Josef Kofler setzte sich für die Umfahrungsstrasse ein. Bilder: Regina Kühno



Baudirektor Willi Haag warnte vor Gebots, es fehle an Ressourcen für das A53-Projekt.



Peter Göldi hatte Erfolg mit seinem Antrag, mit der Gasterstrasse vorwärtszumachen.

IN KÜRZE

Gestern im Kantonsrat

- Der St. Galler Kantonsrat hat gestern, am letzten Tag der Septembersession:
 - in erster Lesung einen Nachtrag zum Finanzausgleichsgesetz gutgeheissen,
 - in erster Lesung einen Nachtrag zum Gesetz über die Pflegefinanzierung gutgeheissen;
 - das Programm zur Förderung des öffentlichen Verkehrs (ÖV-Programm) für die Jahre 2014 bis 2018 gutgeheissen;
 - in erster Lesung einen Nachtrag zum Strassensteuergesetz zugestimmt;
 - einem Nachtrag zum 15. Strassenbaugesetz zugestimmt;
 - ein Programm für die Jahre 2009 bis 2013 zugestimmt;
 - das 16. Strassenbauprogramm für die Jahre 2014 bis 2018 gutgeheissen;
 - in der Schlussabstimmung einem Nachtrag zum Polizeigesetz zugestimmt;
 - in der Schlussabstimmung einem Nachtrag zum Gesetzbuch zugestimmt;
 - in der Schlussabstimmung einem Nachtrag zum Vollschulgesezt zugestimmt;
 - in der Schlussabstimmung einen Staatsbeitrag für den Neubau des «Mädchenhauses» an der Sprachheilschule St. Gallen bewilligt. (s.48)

IG-Mobilität ist enttäuscht

Die IG Mobilität Region Uznach ist enttäuscht über den Entscheid des Kantonsrats, die Projektierung der Umfahrungsstrasse ins 16. Strassenbauprogramm aufzunehmen. Auch wenn der Kanton nun weiter Geld investiere, werde die Umfahrungsstrasse nicht zweckmäßiger: «Das ist eine ungeheure Umkehrung für eine untaugliche Umfahrungsstrasse, die IG in einer Medienmitteilung. Kantone und Gemeinden müssten den weiteren Prozess transparent gestalten und die Bevölkerung einbeziehen.»

von: ssp

Widerstand bleibt

2SZ
20.9.13

GASTERSTRASSE. Die Planung der Umfahrung Uznach kann in Angriff genommen werden. Offen bleibt die Frage der Linienführung. Regierungsrat Willi Haag spricht von einem lösungsoffenen Prozess. Gegner der Strasse stehen bereit, das Referendum zu ergreifen.

MAGNUS LEIBUNDGUT

Roger Zahner, Sprecher der Interessengruppe Mobilität Region Uznach (IGMRU), ist überrascht über den Entscheid des Kantonsrates: «Das Parlament hat Ja gesagt zu einem unsinnigen Strassenbauprojekt, das die Verkehrsprobleme im Linthgebiet nicht löst.» Dass die Regierung selber die Gasterstrasse ablehnt, spreche Bände.

Das Ergebnis bleibt offen

Baudirektor Willi Haag spricht von einer schlechten Kosten-Nutzen-Analyse und ungenügender Wirksamkeit der Gasterstrasse. Dennoch geht es jetzt an die Arbeit: «Wir müssen jetzt mit der Region zusammen über die Bücher gehen und einen lösungsoffenen Prozess anstreben.»

Für Markus Schwizer, Präsident der Region Zürichsee-Linth, bleibt die Variante 19SR die favorisierte, auch wenn es Anpassun-

gen geben könne. Für den weiteren Prozess wird die Spurguppe des Verkehrsforums reaktiviert. Das Ziel sei, die Gasterstrasse in den Jahren 2019 bis 2023 zu bauen, meint der Kaltbrunner Gemeindepräsident.

Die IG Mobilität behält sich derweil vor, zum gegebenen Zeitpunkt Unterschriften für ein fakultatives Referendum in den betroffenen Gemeinden zu sammeln, damit die Bevölkerung über die Strasse abstimmen kann.

Umstrittene Variante

Keine Illusionen macht sich Zahner zur Auswahl der Variante: «Auch wenn die 19SR modifiziert wird, bleibt sie eine schlechte Variante.» Es sei eine Katastrophe, für 100 Millionen Franken viel Land zu verschandeln, das Kaltbrunner Riet zu beeinträchtigen und schliesslich wegen der Gasterstrasse noch mehr Verkehr in und um Uznach anzuziehen.

Seite 3



Gasterstrasse – 252 20.9.13 des einen Leid, des andern Freud

GASTERSTRASSE. Der Kantonsrat hat am Mittwoch der Umfahrung von Uznach grünes Licht gegeben. Nun müssen Räte und Parteien die Gegner vom Sinn der Umfahrungsstrasse überzeugen. In den Gemeinden, durch welche die Strasse führt, kann ein fakultatives Referendum das Projekt zu Fall bringen.

MAGNUS LEIBUNDGUT

Eines stellt Regierungsrat Willi Haag klar: «Wenn eine betroffene Gemeinde Nein zum Projekt sagt, wird der Kanton die Strasse nicht bauen.» Grundsätzlich ist es möglich, dass die Entlastungsstrasse im 17. Bauprogramm der Jahre 2019 bis 2023 realisiert wird. Allerdings sei es vollends offen, ob ausreichend Geld vorhanden sein wird, die Strasse zu bauen.

Bereits die Planung der Strasse stellt das St. Galler Baudepartement vor grosse Probleme: Es mangelt an personellen Ressourcen für ein weiteres Grosseprojekt. Als unrealistisch bezeichnet Haag den Vorschlag von Kantonsräten aus dem Linthgebiet, das Projekt an Private auszulagern: «Erstens kostet das viel Geld, und zweitens müssen die Fäden schliesslich doch wieder beim Kanton zusammenkommen.»

Was rauskommt, ist unklar

Nach wie vor offen bleibt, wie schliesslich das Projekt konkret aussehen wird. Die Zweckmässigkeitsbeurteilung des Tiefbauamtes zur Gasterstrasse fiel nicht rosig aus. Im Fokus steht die Frage, ob die Strasse verkehrstechnisch eine Lösung für die Region am Obersee bringt.

Fast alle Parlamentarier aus dem Linthgebiet haben am Mittwoch für die Gasterstrasse gestimmt. Ausgeschert aus dieser Front für die Umfahrung ist die

lungen ausserhalb des Städtchens verlagern – zum Beispiel an die Grenze zu Kaltbrunn.

Grosser Verlust an Kulturland

Kantonsrätin Silvia Kündig-Schlumpf (Grüne, Rapperswil-Jona). Sie wollte mit einem Streichungsantrag den Projektkredit für die Entlastungsstrasse abschmettern. Sie zweifelt am Nutzen der Strasse und argumentiert mit Zahlen: Der Binnen-, Quell- und Zielverkehr mache 70 Prozent aus. «Mit einer Umfahrungsstrasse werden diese Verkehrsanteile nicht reduziert», erläutert Kündig-Schlumpf. Die neue Strasse würde mehr Autos anziehen und die Verkehrsbelastung und den Lärm in Wohnsied-

lungen ausserhalb des Städtchens verlagern – zum Beispiel an die Grenze zu Kaltbrunn. trotz maroder Finanzlage weitere Mittel in ein schlechtes Projekt investieren müsse: «Es wird eine unlösbare Aufgabe, die vielen Schwächen der Umfahrung Uznach auch nur einigermaßen auszubügeln.»

Das Referendum ergreifen

Zahner ist zuversichtlich, dass die Strasse gemäss dem bestehenden Vorschlag nicht gebaut werden wird: «Die Bevölkerung wird diese Umfahrung an der Urne ablehnen, weil ihre Nachteile eindeutig überwiegen.» Falls die Gemeinden Ja sagen, bleibt als letzte Möglichkeit das Ergreifen eines Referendums auf kantonaler Ebene. Käme dieses zustande, würde am Schluss das St. Galler Volk über das Schicksal der Umfahrungsstrasse A53-Gaster entscheiden.

Kantonsrätin Silvia Kündig-Schlumpf (Grüne, Rapperswil-Jona). Sie wollte mit einem Streichungsantrag den Projektkredit für die Entlastungsstrasse abschmettern. Sie zweifelt am Nutzen der Strasse und argumentiert mit Zahlen: Der Binnen-, Quell- und Zielverkehr mache 70 Prozent aus. «Mit einer Umfahrungsstrasse werden diese Verkehrsanteile nicht reduziert», erläutert Kündig-Schlumpf. Die neue Strasse würde mehr Autos anziehen und die Verkehrsbelastung und den Lärm in Wohnsied-



Die favorisierte Variante 1.5SR: So könnte dereinst die Linienführung der Gasterstrasse aussehen. Bild: Kurt Heuberger

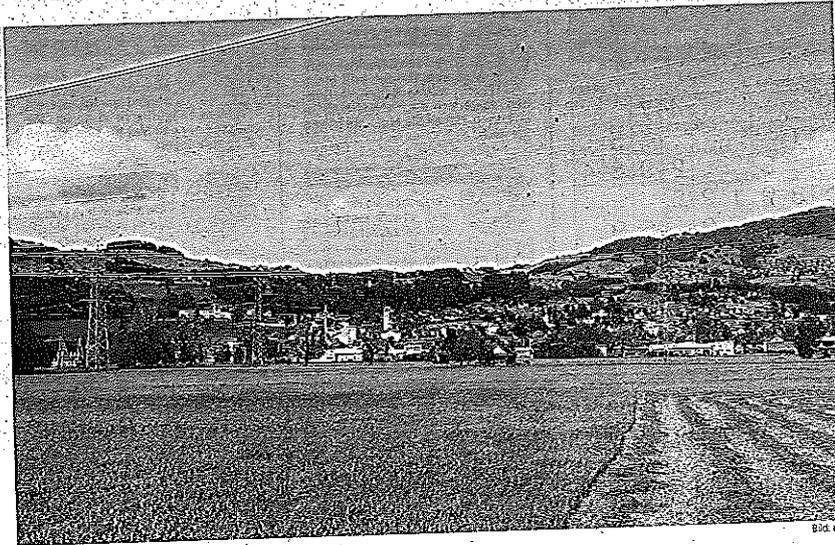
Umfahrung hat jetzt höchste Priorität

AUS DER REGION Kantonsrat sagt Ja zur Gaster-Entlastungsstrasse *SLG 25.9.13*

Überraschend hat der St.Galler Kantonsrat die Entlastungsstrasse A53-Gaster in die A-Priorität aufgenommen.

Das Verkehrsproblem im Linthgebiet soll gelöst werden und das möglichst schnell, wenn es nach dem Kantonsrat geht. In der vergangenen Woche hat er überraschend das Verkehrsprojekt Entlastungsstrasse A53-Gaster in die A-Priorität des 16. Strassenbauprogramms befördert. Nun kann es ohne Verzögerung an die Lösung des 100 Millionen Projektes gehen. Bis spätestens 2018 muss ein Genehmigungsprojekt vorliegen. Ein nicht ganz einfaches Unterfangen, schliesslich liegen bis heute vom Kanton ausgearbeitete 20 Varianten für eine Umfahrung vor. Diese müssen nun nochmals auf ihre Linienführung, Realisierbarkeit und auch Umweltverträglichkeit geprüft werden.

mh
Seite 3



Fläche von neun Fussballfeldern: Die Umfahrung im Linthgebiet ist nach wie vor umstritten, auch weil wertvolle Natur- und Landschaftsflächen geopfert werden müssten.

Entlastung ist umstritten

StG

25.1.13

AUS DER REGION Kanton gibt grünes Licht - doch es gibt immer noch Für und Wider

Des einen Freud ist des anderen Leid - möchte man meinen, wenn es um den positiven Entscheid zur Entlastungsstrasse geht.

Viele aus der Region - Kantonsräte, Parteien, Gewerbe - sind über die Entscheidung des Kantonsrats das Projekt Entlastungsstrasse

A53-Gaster in die höchste Priorität aufzunehmen, äusserst erfreut. Doch es gibt auch die, die mit dieser Entscheidung nicht einverstanden sind und hoffen, dass das Projekt schlussendlich doch noch scheitert.

Zu viel Landverbrauch
Die bisher favorisierte Variante der

Umfahrung würde das Naturschutzgebiet Kalbrunner-Riet betreffen und viel Land brauchen, damit gehen einigen nicht konform. Die IG-Mobilität Region Uznach ist enttäuscht über den Entscheid. «Auch wenn der Kanton nun weiter Geld investiert, wird die Umfahrung nicht zweckmässiger», so heisst es in einer Erklärung.

Allen kann man es nicht recht machen

Die IG Lebensqualität Linthgebiet hingegen freut sich über die Entscheidung des Kantonsrats. Und auch das Uznar Gewerbe träumt schon von einem verkehrsfreien Stadtl. Doch bis dahin ist es noch ein langer Weg. Bauherr der Entlastungsstrasse ist der Kanton, aber bei der Planung müssen nun alle Anliegen mit berücksichtigt werden. Denn fest steht: Intervertieren kann die Bevölkerung Spätestens, wenn die Gemeinden über das Genehmigungsprojekt ent-

scheiden müssen. Dies untersteht auf jeden Fall dem fakultativen Referendum. Wird kein Referendum ergriffen, dann könnte der Baulanger Weg für die Strasse. mh

Roger Zahner, Sprecher IG Mobilität Region Uznach

«Der Kantonsrat missachtete bei der Beurteilung der Umfahrung Uznach leider die Argumente der Fachleute und der IG Mobilität. Ein Projekt voranzutreiben das so viele Mängel aufweist, könnte sich ein Unternehmen nicht leisten. Auch mit einer weiteren Viertelmillion wird diese grossräumige Umfahrung nicht zweckmässiger. Aber die Politiker/innen sind überzeugt: Sie müssen



möglichst rasch realisiert werden, koste es, was es wolle. Mit der Entlastung des Stadtl gibt es nämlich auch Verlierer. Die Umfahrung bringt insgesamt mehr Verkehr und mehr Luftbelastung. Kulturland geht verloren und Naturlebensräume werden eingeschränkt. Und ähnlich viele neue Anwohner/innen werden von der Strasse betroffen sein. Die unlösbare Aufgabe obliegt nun aber nicht dem Kantonsrat. Er delegierte sie an den Baudirektor und die vom Projekt massig begehrten Fachleute.»

Kurt Hager, Sprecher IG Lebensqualität Linthgebiet

Es ist natürlich sehr erfreulich, dass die Entlastungsstrasse A53-Gaster in die



Priorität A aufgenommen wurde. Besten Dank an alle weltsichtigen Kantonsräte. Wir werden nun zusammen mit den betroffenen Gemeinden und wei-

teren Interessierten über eine optimierte Linienführung diskutieren. Gleichzeitig werden wir darauf achten, dass das Baudepartement die ihm übertragene Projekterstellungsaufgabe auch wahrnimmt. So hoffen wir, dass die Entlastungsstrasse auch in den nächsten 10 Jahren auch realisiert ist.»

Schulterschluss mit Folgen

Dass die Gasterstrasse zur Entlastung der verkehrsgeplagten Linth-Gemeinden geplant werden kann, liegt auch daran, dass die Linth-Politiker zusammenstanden. Der Schulterschluss hat Folgen.

Der Präsident der Gemeinde-Vereinigung ZürichseeLinth, Markus Schwizer, ist glücklich, dass die Gasterstrasse letzte Woche vom Kantonsrat in die höchste Priorität aufgenommen wurde. Schwizer sagte gegenüber den ON, für den Kantonsratsentscheid sei wichtig gewesen, dass es den unter dem Verkehr leidenden Gemeinden gelungen sei, «ein regionales Wir-Gefühl» zu erreichen.

Schreiben an Kantonsräte

Nach dem positiven Kantonsrats-Entscheid schrieb Kaltbrunn's Gemeindepräsident Schwizer alle Kantonsräte der Region an: «Mit grosser Freude haben wir erfahren, dass die Regionale Verbindungsstrasse mit Priorität A ins



Markus Schwizer, Präsident ZürichseeLinth, will künftig vor jeder Kantonsratssession eine Besprechung mit den lokalen Parlamentariern.

Strassenbauprogramm aufgenommen wurde. Dieser Erfolg war nur möglich, weil sich die Politikerinnen und Politiker des gesamten Linthgebiets über die Parteigrenzen hinaus für unsere Region eingesetzt haben.»

Zusammenkunft vor Session

Schwizer führte in seinem Mail weiter aus, dass ihm der gemeinsame Einsatz «für das Wohl unserer schönen Region» gezeigt habe, dass «ein Schulterschluss nicht nur in anderen Regionen, sondern auch im Linthgebiet» möglich sei. Dies stimme ihn für die Zukunft zuversichtlich, zum Beispiel später auch für die Anliegen einer Verkehrs-entlastung von Rapperswil-Jona.

Das für die Gasterstrasse gelungene Zusammenrücken der Linth-Politiker soll Folgen haben. Markus Schwizer teilte den Kantonspolitikern mit, dass die Geschäftsleitung der Region ZürichseeLinth nun entschieden habe, die Kantonsparlamentarier in Zukunft vor jeder Session zu einer Besprechung einzuladen. (on)